

## INTERGLOBAL

KOLUMBIEN

# Der Frieden ist nicht links

David Graaff

**Die Wandlung der Guerilla Farc in eine politische Partei führt nicht zur Stärkung der kolumbianischen Linken. Statt dessen nehmen die Streitigkeit auch innerhalb der verschiedenen Spektren zu.**

Timoleón Jiménez ist Geschichte. Der ehemalige Oberkommandierende der ältesten und größten noch aktiven Guerilla Lateinamerikas tritt nun immer häufiger unter seinem zivilen Namen Rodrigo Londoño auf. Denn das Friedensabkommen zwischen den Farc und der kolumbianischen Regierung (woxx 1391) ist unterzeichnet, der Kongress muss in den kommenden Wochen die vertraglichen Vereinbarungen in Form von Gesetzen und Verfassungsänderungen ratifizieren.

In diesen Tagen beginnt die auf sechs Monate angelegte Demobilisierung der etwa 6.600 Kämpfer und einer noch nicht bekannten Zahl an Milizionären. Parallel dazu werden die Farc allmählich politisch institutionalisiert. Von Aufbruchsstimmung in der Linken ist jedoch nichts zu spüren, auch wenn die Existenz der Guerilla lange als Grund für die Schwäche dieser Linken galt, weil sie insgesamt unter der Repression und Stigmatisierung litt. Vielmehr sorgt die Umwandlung der Guerilla in eine legale politische Kraft für heftige

Auseinandersetzungen, an denen die bislang einzige linke Partei im Parlament, der „Polo Democrático“ (PD), wieder einmal zu zerbrechen droht. Die Sammelpartei besteht aus ehemaligen Maoisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und vielen anderen Fraktionen. Sie hält insgesamt acht Kongresssitze.

Anlass für die Konflikte war der in Hemd und Sakko gekleidete Rodrigo Londoño, der Anfang Dezember in seiner Rede anlässlich der Unterzeichnung des über vier Jahre in Havanna ausgehandelten Friedensvertrages für die nächste Legislaturperiode von 2018 bis 2022 eine Übergangsregierung vorschlug. Diese solle „aus allen politischen Kräften und gesellschaftlichen Gruppen bestehen, deren grundlegendes Ziel die vollständige Erfüllung der Vereinbarung von Havanna ist“.

Bei den Gesprächen hatten sich die Farc mit der Regierung unter anderem auf eine Agrarreform zur Stärkung von Kleinbauern und auf eine Verbesserung der politischen Teilhabe verständigt. Zugleich wurden den Farc für die kommenden zwei Legislaturperioden acht Kongresssitze zugesprochen, für die sie sich nicht zur Wahl stellen müssen.

Das von zahlreichen Fraktionen der parlamentarischen wie der au-

ßerparlamentarischen Linken kritisierte wirtschaftsliberale Wirtschaftsmodell der aktuellen Regierung, das auf Ausbeutung von Rohstoffen und Stärkung der Agrarindustrie basiert, war bei den Verhandlungen kein Thema. Gleichwohl sehen die Farc auch Repräsentanten dieser Regierung mit ein, deren Vorsitzender und Staatspräsident Juan Manuel Santos 2018 abdankt. Geteilt wird die Sicht der Farc auch von mehreren Mitgliedern des PD, darunter dessen ehemalige Parteivorsitzende Clara López, die von Santos zur Arbeitsministerin berufen worden war. Ebenfalls mit im Bunde ist der bekannte Senatsabgeordnete Iván Cepeda.

**Den Farc wurden für die kommenden zwei Legislaturperioden acht Kongresssitze zugesprochen, für die sie sich nicht zur Wahl stellen müssen.**

Doch auch die Dachorganisation für soziale Bewegungen, „Marcha Patriótica“, die der Guerilla nahesteht, konnte sich für den Plan einer Einheitsregierung erwärmen, eben-

so wie die Kommunistische Partei. Vertreter der „Marcha Patriótica“, in der Menschenrechtler, Basisgewerkschafter, Studierende und vor allem Kleinbauernverbände organisiert sind, machen keinen Hehl daraus, dass ihre Organisation langfristig als politische Partei in die Institutionen strebt.

„Wir sollten uns nicht täuschen“, sagt Iván Cepeda. Er betont im Gespräch mit der woxx die historische Bedeutung des Erreichten. „Beide Seiten haben die Quadratur des Kreises geschafft.“ Mit Blick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im Land stehe man in der Phase, die nun auf den Konflikt folgt, nicht im grundsätzlichen Widerspruch zu den von Santos vertretenen Teilen der Gesellschaft, die den Friedenskurs mitgetragen hätten. Der politische Gegner sei vielmehr die vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe vertretene extreme Rechte, die an ihrer oft nur regionalen Macht festhält und sich den in Havanna beschlossenen Reformen widersetzt. Dass sie dabei auch vor Allianzen mit paramilitärischen Gruppen nicht zurückschreckt, ist in Kolumbien hinlänglich bekannt. Die Zahl der Attentate auf Linke und Menschenrechtler ist in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen.

Drängen ins  
kolumbianische Parlament:  
Die AktivistInnen der  
Dachorganisation für  
soziale Bewegungen,  
„Marcha Patriótica“.



FOTO: INTERNET

Doch längst nicht alle Mitglieder des PD sind von einer Einheitsregierung unter Beteiligung der aktuellen Regierung begeistert. Jorge Robledo, der populärste Senatsabgeordnete der Partei, ist ein scharfer Kritiker der Regierung Santos, von der er sich auf keinen Fall vereinnahmen lassen will. „Das Programm dieser Übergangsregierung wird genauso neoliberal geprägt sein, plus die Vereinbarungen von Havanna, die wir als Maßnahme unterstützen, den bewaffneten Kampf zu überwinden, die aber nicht die übrigen Probleme der Kolumbianer lösen“, sagte er der Tageszeitung „El Tiempo“.

Robledo ist in der Linken für seine Prinzipientreue bekannt, wegen seines Einsatzes für nationale Wirtschaftsinteressen – der Arbeitnehmer ebenso wie der Unternehmer – aber auch umstritten. Nicht selten ist Robledo mit der Rechten um Uribe einer Meinung, die zum Teil die Interessen

der traditionellen regionalen Unternehmer wie der Viehzüchter und Zuckerindustriellen vertritt. Bei der Beteiligung an einer Übergangsregierung, so heißt es aus dem Umfeld Robledos, würde man der Rechten dieses Feld überlassen und in dem vermeintlichen Hauptwiderspruch zwischen Freunden und Gegnern des Friedens an politischem Profil verlieren.

Mit der Berufung von López ins Arbeitsministerium hat Santos den Zwist in der Partei noch weiter befördert. Ihr Amt durfte López ausdrücklich nicht im Namen ihrer Partei antreten. Vorige Woche musste sie dann per Dekret den Mindestlohn für das kommende Jahr festlegen, nachdem sich Gewerkschaften und Unternehmerverbände nicht hatten einigen können. Die Steigerung um sieben Prozent lag nur geringfügig über dem Angebot der Arbeitgeber und nur 1,5 Prozent über der Inflationsrate. Ar-

beitnehmervertreter und Parteigenossen zürnten.

Hinzu kommt für Skeptiker einer Übergangsregierung, dass in einem Bündnis mit den Farc viel von deren schlechtem Image auf die Linke abfärben könnte. Zwar konnte die Guerilla ihr Ansehen in der Bevölkerung umfragen zufolge dank einer Imagekampagne und des erfolgreichen Abschlusses der Friedensverhandlungen etwas verbessern. Dennoch ist es gerade die von der kolumbianischen Linken lange Zeit vernachlässigte städtische Arbeiterklasse, die nichts mit der sich nun demobilisierenden Guerilla anfangen kann. Dazu haben die Farc mit Entführungen, Bombenattentaten und ihrer Beteiligung am Drogenhandel ebenso beigetragen wie ihre politischen Gegner und die Medien, die dem bewaffneten Kampf der Guerilla über Jahrzehnte die Berechtigung absprachen. Gemeinsam hat die gesamte kolumbianische Lin-

ke nur eines: Die Abschaffung des Kapitalismus ist nicht Teil ihres politischen Programms.

David Graaff arbeitet als freier Journalist in Kolumbien und berichtet aus Medellín.

Nächste Woche:

### Putins Machtpoker

Fallende Ölpreise, gescheiterte Diversifizierung: Nicht nur die ökonomische Situation der Russischen Föderation ist desaströs. Die Rückkehr zu Religion und zu imperialer Größe sollen das ändern, so Putins Versprechen an die Bevölkerung. Zugleich richtet er das Land strikt auf eine autoritäre Herrschaft aus.



**woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire**, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung für eng ökologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion und Layout:** David Angel da (david.angel@woxx.lu), Luc Caregari lc (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser cat (karin.enser@woxx.lu), Thorsten Fuchshuber tf (thorsten.fuchshuber@woxx.lu), Richard Graf rg (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter sh (susanne.hangarter@woxx.lu), Tessie Jakobs tj (tessie.jakobs@woxx.lu), Raymond Klein lm (raymond.klein@woxx.lu), Florent Toniello ft (florent.toniello@woxx.lu), Renée Wagener rw (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber dw (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck:** c. a. press, Esch • **Einzelpreis:** 2,20 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 90 € (Ausland zzgl. 32 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 40 € • **Konto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Médias, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds:** Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • **E-Mail:** woxx@woxx.lu • **URL:** www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79